Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich 1- Allgemeine Verwaltung	Datum 29.03.2001
	Schriftführer Telefon-Nr. Herr Kredelbach 02202/14- 2237

Niederschrift

Ausschuß für Anregungen und Beschwerden	**Sitzung am 21.03.2001**
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:04 Uhr - 18:12 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Inhalt

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung- öffentlicher Teil -

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 31.01.2001 -öffentlicher Teil-
148/2001

4. Mitteilungen des Vorsitzenden

5. Mitteilungen der Bürgermeisterin

6. Anregung vom 23.11.1995, eine bauliche Nutzung verschiedener Grundstücke im Bereich des Töpferweges zu ermöglichen
Antragstellerin: Antonietta Martinez, Breite Straße 132, 50667 Köln
160/2001

7. **Beschwerde vom 06.10.2000 über massive Lärmbelästigungen im Zusammenhang mit der Nutzung der beiden Schießstände im Bereich Bockenberg**
Beschwerdeführer: Interessengemeinschaft Bockenberg, c/o Franz Haag, Overather Str. 75, 51429 Bergisch Gladbach
161/2001

8. **Anregung vom 16.01.2001, eine zusätzliche Bushaltestelle auf dem Asselborner Weg / Heinrich- Böll-Straße einzurichten**
Antragsteller: Jörg Gommersbach-Löffler, Heinrich-Böll-Straße 9, 51429 Bergisch Gladbach, u.a.
153/2001

9. **Anregung vom 28.09.2000 (Eingang), die Straße Unterhebborn zur Spielstraße zu erklären**
Antragsteller: Sabine & Uwe Müller, Unterhebborn 9a, 51467 Bergisch Gladbach
159/2001

10. **Anregung vom 18.01.2001, für die in die Straßenreinigung einbezogenen Straßen zum Zweck der Reinigung befristete absolute Halteverbote anzuordnen.**
Antragsteller: Wolfgang Reiff, Sträßchen Siefen 6, 51467 Bergisch Gladbach
102/2001

11. **Anregung vom 22.01.2001, für die Straße Im Bungert verkehrsregelnde Maßnahmen zu ergreifen.**
Antragsteller: Walter Pfankuchen, Im Bungert 2, 51429 Bergisch Gladbach
101/2001

12. **Anregung vom 27.02.2001, ein Einbahnstraßenschild umzusetzen**
Antragsteller: Klaus Hoffmann, An der Wallburg 1, 51427 Bergisch Gladbach
170/2001

13. **Anregung vom 20.02.2001, den Bebauungsplan Nr. 42/2 - Kippekausen - zu ändern**
Antragsteller: Architekturbüro Lammerich, Dr.- Lautz- Weg 5, 51427 Bergisch Gladbach
158/2001

14. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Dr. Kassner, eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Ausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Gegenstand der Beratung ist die Einladung vom 08.03.2001 mit den dazu gehörenden Vorlagen.

Er weist auf die Ausschußumbesetzungen hin, die der Rat in seiner letzten Sitzung am 15.02.2001 beschlossen hat.

2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung- öffentlicher Teil -

Frau Graner weist darauf hin, daß auf Seite 6 des Protokolls in Satz 1 des 3. Abschnittes das Wort „keine“ durch das Wort „eine“ zu ersetzen ist.

Mit dieser redaktionellen Änderung wird die Niederschrift genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 31.01.2001 –öffentlicher Teil-

Herr Dr. Kassner ergänzt zu Punkt 15 des Berichtes, daß die Anregung der Kolpingfamilie Paffrath Gegenstand der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 29.03.2001 ist.

Im übrigen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Dr. Kassner weist auf folgende Vorgänge hin, die Gegenstand der kommenden Sitzung des Ausschusses am 16.05.2001 sind:

a) Anregung vom 07.03.2001, den Rosengarten zu erhalten

   Antragsteller: Bürger/-innen für den Rosengarten, c/o Gerd Broich, Am Reiferbusch 13 a, 51465 Bergisch Gladbach.

b) Beschwerde vom 06.03.2001 über die Schaltung der Lichtsignalanlage im Bereich der Kreuzung Moitzfeld/Dea-Tankstelle

Beschwerdeführer: Dietmar Slama, Hessestraße 7, 51429 Bergisch Gladbach.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Es gibt keine Mitteilungen.

6 Anregung vom 23.11.1995, eine bauliche Nutzung verschiedener Grundstücke im Bereich des Töpferweges zu ermöglichen
Antragstellerin: Antonietta Martinez, Breite Straße 132, 50667 Köln

Stadtbaurat Schmickler betont, daß die Zurückstellung der Entscheidung über den Vorgang seinerzeit in Abstimmung und auf eindeutigen Wunsch der Petentin geschehen sei. Die Verwaltung habe im vergangenen Jahr versucht, mit der Antragstellerin Kontakt aufzunehmen, um in Erfahrung zu bringen, ob die seinerzeitige Interessenlage bis heute fortbestehe. Eine Rückäußerung sei bislang nicht erfolgt. Eine Bescheidung des Vorganges zum heutigen Zeitpunkt könnte möglicherweise gegen die Interessen der Antragstellerin sein.

Herr Effertz möchte wissen, ob der benannte Grundstücksbereich von den Altlastenproblematiken Amselweg-West und Peter-Landwehr-Straße-Nord betroffen sei.

Herr Freese vermißt eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung in der Sache. Es müsse dargestellt werden, ob eine bauliche Nutzung der Grundstücke möglich sei oder nicht.

Nach Auffassung von Herrn Wolfgarten ist der Vorgang deshalb auf die Tagesordnung gesetzt worden, um dem Ausschuß zu erläutern, weshalb der Vorgang „im Sinne der Petentin“ ruhe.

Es wird Einvernehmen erzielt, daß eine Sachdiskussion im nichtöffentlichen Teil unter TOP 5 erfolgt. Die Anfragen werden als TOP B6 behandelt.

7 Beschwerde vom 06.10.2000 über massive Lärmbelästigungen im Zusammenhang mit der Nutzung der beiden Schießstände im Bereich Bockenberg
Beschwerdeführer: Interessengemeinschaft Bockenberg, c/o Franz Haag, Overather Str. 75, 51429 Bergisch Gladbach

Herr Schmickler erläutert die Vorlage. Das Staatliche Umweltamt habe eine Zuständigkeit hinsichtlich der Lärmproblematik für sich reklamiert und den Vorgang diesbezüglich an sich gezogen. Die Verwaltung werde den Ausschuß über den Ausgang des entsprechenden Verfahrens informieren.

In baulicher Hinsicht entspreche die Nutzung des Schießstandes „Weyerhardt“ dem geltenden Recht. Dies sei durch die Bauaufsicht nochmals eingehend geprüft worden.

Herr Binding schlägt vor, den Beschlußvorschlag wie folgt abzuändern:

a) Die geltend gemachten Lärmbeeinträchtigungen werden nunmehr vom Staatlichen Umweltamt Köln verfolgt.

b) Die Bürgermeisterin wird dem Staatlichen Umweltamt alle Beschwerdeschreiben zuleiten und mit Nachdruck darauf hinwirken, daß die anzustellenden Lärmmessungen zeitnah durchgeführt und eventuell erforderlich werdende Lärmschutzvorkehrungen so schnell wie möglich angeordnet werden.

c) Da die baurechtlichen Kritikpunkte unter Berücksichtigung geschützter öffentlicher Nachbarschaftsrechte unbegründet sind, wird die Beschwerde in diesem Punkt als sachlich unbegründet zurückgewiesen.

Herr Freese hält einen Beschluß über die Zuleitung der Beschwerdeunterlagen an das Staatliche Umweltamt für überflüssig. Dem habe die Verwaltung ohnehin nachzukommen. Er bittet um ausdrückliche schriftliche Bestätigung, daß auf dem Gelände des Schießstandes „Weyerhardt“ keine baurechtlichen Verfehlungen vorliegen. Die von den Beschwerdeführern vorgetragenen diesbezüglichen Beschwerdepunkte seien zu entkräften. Die Vorlage sei in dieser Hinsicht zu wenig aussagekräftig.

Herr Dr. Kassner geht davon aus, daß in der Vorlage die baurechtliche Seite in genügender Weise gewürdigt wurde.

Stadtbaurat Schmickler erläutert, daß in der Vorlage auf alle einzelnen bauaufsichtlichen Kritikpunkte detailliert eingegangen wurde.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer bestätigt, daß dem Staatlichen Umweltamt alle relevanten Unterlagen übersandt wurden. Er vermag keine Rechtsansprüche für die Beschwerdeführer zu erkennen, baurechtlich gegen die Nutzung des Schießstandes vorzugehen.

Frau Alef bittet darum, den Ausschuß über die Ergebnisse der Messungen des Staatlichen Umweltamtes zu informieren.

Auf Nachfrage von Herrn Pick legt Herr Dr. Kassner dar, daß das Staatliche Umweltamt seine Lärmmessungen unangemeldet durchführe, wenn es über eine Schießtätigkeit informiert werde.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

Die geltend gemachten Lärmbeeinträchtigungen werden nunmehr vom Staatlichen Umweltamt Köln verfolgt.

Die Bürgermeisterin wird dem Staatlichen Umweltamt alle Beschwerdeschreiben zuleiten und mit Nachdruck darauf hinwirken, daß die anzustellenden Lärmmessungen zeitnah durchgeführt und eventuell erforderlich werdende Lärmschutzvorkehrungen so schnell wie möglich angeordnet werden.

Da die baurechtlichen Kritikpunkte unter Berücksichtigung geschützter öffentlicher Nachbarschaftsrechte unbegründet sind, wird die Beschwerde in diesem

Punkt als sachlich unbegründet zurückgewiesen.

8 Anregung vom 16.01.2001, eine zusätzliche Bushaltestelle auf dem Asselborner Weg / Heinrich- Böll-Straße einzurichten
Antragsteller: Jörg Gommersbach-Löffler, Heinrich-Böll-Straße 9, 51429 Bergisch Gladbach, u.a.

Der Ausschuß faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Anregung ist erledigt.

9 Anregung vom 28.09.2000 (Eingang), die Straße Unterhebborn zur Spielstraße zu erklären
Antragsteller: Sabine & Uwe Müller, Unterhebborn 9a, 51467 Bergisch Gladbach

Herr Wolfgarten möchte wissen, wann die notwendigen Schilder angebracht werden. Er regt an, dieselben an den gleichen Masten zu befestigen, an denen am Eingang der Straße bereits die Sackgassenschilder angebracht wurden.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer sichert zu, daß die Schilder so schnell wie möglich angebracht werden.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Anregung ist erledigt.

10 Anregung vom 18.01.2001, für die in die Straßenreinigung einbezogenen Straßen zum Zweck der Reinigung befristete absolute Halteverbote anzuordnen.
Antragsteller: Wolfgang Reiff, Sträßchen Siefen 6, 51467 Bergisch Gladbach

Stadtbaurat Schmickler erläutert, daß ein Anlieger die Straßenreinigungsgebühren auch dann zu zahlen habe, wenn die Reinigungsleistung nicht oder nur unvollständig durch die Kommune erbracht werde. Entsprechend sei die Rechtsprechung der Obergerichte.

Herr Binding regt an, die Reinigung der Straße zu Zeiten durchzuführen, wenn sich zumindest ein Teil der Anlieger auf Arbeit befindet und aufgrund dessen weniger Autos geparkt sind.

Herr Freese geht davon aus, daß diese Voraussetzung bereits erfüllt werde. Da die Straße „Sträßchen Siefen“ hinsichtlich der Sommerreinigung neu in die Straßenreinigungssatzung aufgenommen wurde, müsse sich das Prozedere noch einspielen. Denk-

bar sei, daß der mit dem Kehren beauftragte Bedienstete den Anliegern einen Informationszettel an die Autowindschutzscheibe klemme, mit dem über die Kehrzeiten informiert werde.

Herr Effertz regt an, generell alle Anliegerstraßen aus der Sommerreinigung herauszunehmen. Er geht davon aus, daß diese Aufgabe durch die Anlieger übernommen werden könne.

Herr Binding hält den Vorschlag von Herrn Freese für sinnvoll.

Herr Dr. Miege merkt an, daß viele Parkplätze in Anliegerstraßen durch Pkw-Halter genutzt werden, die in der Nähe ihren Arbeitsplatz haben. Aufgrund dessen sei eine ordnungsgemäße Straßenreinigung nicht immer möglich.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

1. **Der Verwaltung wird empfohlen, die Anlieger der Straße „Sträßchen Siefen" durch einen Informationszettel über die Kehrzeiten zu informieren.**

2. **Die Anregung ist erledigt.**

11 Anregung vom 22.01.2001, für die Straße Im Bungert verkehrsregelnde Maßnahmen zu ergreifen.
Antragsteller: Walter Pfankuchen, Im Bungert 2, 51429 Bergisch Gladbach

Herr Pfankuchen erläutert die Situation in der Straße. Die Tätigkeit auf dem Gelände des Postamtes finde an sechs Tagen in der Woche von morgens 5.00 Uhr bis abends um 19.00 Uhr statt. Zudem sei das Gelände an drei Seiten von Gebäuden umgeben, was zu einem Schalltrichter führe. Aufgrund des beschränkten Stellplatzangebotes der Post entstehe eine unübersichtliche Situation. Diese werde verstärkt, da die Straße in den letzten Jahren zunehmend durch den Durchgangsverkehr nach Moitzfeld und Herkenrath genutzt werde. Er widerspricht der Stellungnahme der Bürgermeisterin insoweit, als daß es sich bei den mit Erdaushub beladenen Fahrzeugen der Firma Strünker, die die Straße aufwärts führen, nur um solche handeln könne, die zur Erddeponie fahren. Die Lkw von Readymix seien in Richtung ihres Werkes in Herkenrath unterwegs. Der Lkw-Verkehr im Zusammenhang mit den Arbeiten am Schloß sei vergleichsweise relativ gering. Gegen diesen habe er auch keine Bedenken. Von den Löschzügen der Feuerwehr werde die Straße Im Bungert erst seit den 90er Jahren vermehrt als Abkürzung befahren. Auffällig sei, daß diese ihre Sirenen nicht bereits in Höhe des Schlosses, sondern erst in Höhe des Postamtes einschalteten. In Anbetracht des bestehenden Schalltrichters werde eine besondere Schrecksituation erzeugt. Auch das Geläut der Glocken der sich in unmittelbarer Nähe befindlichen beiden Kirchen werde durch den Schalltrichter noch intensiviert. Ihm gehe es vor allem um die Herausnahme des Lkw-Verkehrs aus der Straße. Den Pkw-Durchgangsverkehr sei er bereit hinzunehmen.

Herr Wolfgarten betont, daß bereits seit 10 Jahren auch auf politischer Ebene nach einer Lösung gesucht werde. Die CDU-Fraktion habe zuletzt vor etwa einem Jahr

einen diesbezüglichen Antrag im Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr gestellt. Es konnten jedoch wiederum keine Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Die Verwaltung habe seinerzeit zugesichert, den Ausschuß wieder mit der Angelegenheit zu befassen, sobald sich in dieser Richtung etwas abzeichne. Vor dem Hintergrund der heutigen Situation müsse man die Sinnhaftigkeit der Genehmigung für die Errichtung des Postamtes an dieser Stelle kritisch hinterfragen. Er bezweifelt, daß die Straße generell von den Lkw der benannten Firmen als Durchgangsstraße genutzt werde.

Herr Schneeloch bestätigt die in diesem Bereich bestehenden Probleme, geht aber auch nicht davon aus, daß die Straße in einem erheblichen Maße durch Schwerlastdurchgangsverkehr genutzt werde.

Für Herrn Dr. Kassner ist die Angelegenheit auch eine Sache der Stadtentwicklung. Er schlägt vor, den problematischen Standort der Post im Rahmen der Strukturuntersuchung Bensberg mit zu diskutieren.

Herr Freese geht davon aus, daß der Schwerverkehr im Hinblick auf die Anlieferung sowohl der Post als auch des Divi-Centers nicht verhinderbar ist. Der Durchgangsschwerverkehr müsse jedoch herausgenommen werden. Denkbar sei, die Benutzung der Straße durch Nichtanlieger ab einer bestimmten Tonnage zu untersagen. Dies könne über eine Anliegerregelung realisiert werden. Die Anordnung einer Einbahnstraßenregelung sei wenig sinnvoll, da sich dann die gefahrenen Geschwindigkeiten erhöhten. Dies erzeuge eine zusätzliche Gefährdung aller Verkehrsteilnehmer. Er bittet um Überprüfung seiner Anregungen.

Für Frau Graner ist nicht nur der Schwerverkehr, sondern auch das Verhalten der Postkunden selbst eine Quelle des ständigen Ärgernisses. Das Abstellen der Pkw im absoluten Halteverbot führe in erster Linie zu dem beklagten Verkehrschaos. Hieran ändere auch die verschärfte Verkehrsüberwachung nichts.

Herr Dr. Kassner weist auf einen Parkplatz hin, der sich gegenüber der Einmündung Im Bungert an der Gladbacher Straße befinde. Dieser werde jedoch durch die Kunden der Post nur wenig genutzt.

Herr Wolfgarten geht davon aus, daß eine Sperrung für Lkw ab einer gewissen Tonnage ohne großen Sinn sei. Ein solches Verbot könne nur schwer überwacht werden. Der Lkw- Verkehr der Firma Strünker hänge mit den Baumaßnahmen im hinteren Bereich des Schlosses zusammen. Er ende, wenn diese abgeschlossen seien.

Stadtbaurat Schmickler weist darauf hin, daß der Parkplatz an der Post zu klein für den Umfang der Nutzung sei. Entsprechend einer Presseverlautbarung sei beabsichtigt, auf dem Gelände einen McPaper-Laden einzurichten. Es handele sich hier um einen Einzelhandelsbetrieb für Büromaterialien. Im Bebauungsplan sei die Fläche jedoch als für den Gemeinbedarf unter der besonderen Zweckbestimmung Post festgesetzt. Die beabsichtigende Nutzung bedinge nicht nur eine Änderung des Bebauungsplanes, sondern auch einen neuen Stellplatznachweis. Einer Bitte der Post auf Ablösung der Stellplätze müsse die Verwaltung nicht nachkommen.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer weist darauf hin, daß in der Straße Im Bungert eine verschärfte Verkehrsüberwachung stattfinde. Das Einschalten der Martinshörner der

Feuerwehrfahrzeuge sei im Einmündungsbereich Im Bungert/Gladbacher Straße aus Gründen der Verkehrssicherheit notwendig. Die Anordnung eines Durchfahrtsverbotes für Lkw mit Ausnahme des Anliegerverkehrs sei wenig sinnvoll, da die Polizei das Verbot nicht überwachen könne.

Herr Freese hält die Anordnung eines Durchfahrtsverbotes für Lkw mit Ausnahme der Anlieger für sinnvoll. Die Polizei habe durchaus Möglichkeiten, die Einhaltung zu überwachen.

Herr Dr. Kassner geht davon aus, daß die Lösung der Gesamtproblematik nur in einem längeren Zeitraum von 2 – 4 Jahren möglich ist.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Anregung ist erledigt.

12 Anregung vom 27.02.2001, ein Einbahnstraßenschild umzusetzen
Antragsteller: Klaus Hoffmann, An der Wallburg 1, 51427 Bergisch Gladbach

Der Ausschuß faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Anregung wird zurückgewiesen.

13 Anregung vom 20.02.2001, den Bebauungsplan Nr. 42/2 - Kippekausen - zu ändern
Antragsteller: Architekturbüro Lammerich, Dr.- Lautz- Weg 5, 51427 Bergisch Gladbach

Herr Dr. Kassner kritisiert die Vorlage, die eine Ablehnung der Anregung auf die vorgesehene Anzahl von vier Reihenhäusern stütze. Es sei möglich, die Restfläche der Parzelle mit zwei Häusern zu bebauen, auch wenn dies den planungsrechtlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes widerspreche.

Frau Graner hält eine Bebauung des Grundstückes mit Wohnhäusern unabhängig von deren Anzahl für unmöglich. Es würde auf jeden Fall eine Konfliktsituation mit der Garagennutzung entstehen.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Anregung wird zurückgewiesen.

14 Anfragen der Ausschussmitglieder

Es gibt keine Anfragen.